



Presseschau vom 29.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Abschied von der Ukraine: Vier Gebiete lösen sich von Kiew für Beitritt zu Russland

Vier Regionen haben sich per Referendum zur Abspaltung von der Ukraine und für den Beitritt zur Russischen Föderation entschieden. Das ist die größte Sezession in der jüngsten Geschichte. Was ist über das Beitrittsverfahren bekannt und was sagen die internationalen Wahlbeobachter? ...

<https://kurz.rt.com/37td> bzw. [hier](#)

Alexandr Timochin: Explosionen an Nord Stream-Pipelines: Hinweise deuten auf die USA

Es mehren sich Hinweise darauf, dass beide Nord Stream-Gasleitungen vorsätzlich gesprengt wurden. Eine ganze Reihe von indirekten Hinweisen deutet auf eine Beteiligung der US-Marine. Wie genau könnte die Diversion organisiert worden sein, und warum blieb der letzte Leitungsstrang von Nord Stream 2 unbeschädigt? ...

<https://kurz.rt.com/37uq> bzw. [hier](#)

Geworg Mirsajan: Ukraine-Konflikt nach Referenden: "Kein Platz mehr für Verhandlungen"

Wie wird sich die Situation auf dem Schlachtfeld in der Ukraine und in den neuen russischen Gebieten nach den Referenden entwickeln? Und welche Optionen gibt es für feindliche Parteien, auf diplomatischem Weg eine Einigung zu erreichen? Ein nüchterner Blick eines russischen Politikwissenschaftlers. ...

<https://kurz.rt.com/37ud> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Erkenne deinen Feind: Wie eine deutsche Regierung auf die Nord-Stream-Angriffe reagieren müsste

Seit Verhängung der Sanktionen sitzt Deutschland in einer Grube, aber es gab eine Leiter heraus. Jetzt ist auch diese Leiter fort. Wie müsste eine deutsche Regierung diesen Akt eigentlich bewerten? Welche Konsequenzen müsste sie ziehen? ...

<https://kurz.rt.com/37ug> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: (Un)mögliche Mission für Serbien: Eigenständigkeit, der EU-Weg und die Freundschaft zu Russland

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika suchen beharrlich dort Schuldige, wo es keine gibt. Wie sonst könnte der Druck erklärt werden, dem Belgrad jüngst ausgesetzt ist? Fordert die EU ernsthaft, dass sich Serbien von Russland distanziert und Sanktionen gegen Moskau verhängt? Der Anlass dafür sei das kürzlich unterzeichnete Abkommen Serbiens mit der Russischen Föderation.

<https://kurz.rt.com/37su> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Putin ließ Nord Stream schon beim Bau verminen" – Bild kassiert Shitstorm auf Twitter

Die Bild-Zeitung unterstellt dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, hinter den Anschlägen auf die Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 zu stecken – mit teils

abenteuerlichen Theorien. Im Netz löste das einen Shitstorm gegen das Springer-Blatt aus. Und der hat es in sich. ...

<https://kurz.rt.com/37vm> bzw. [hier](#)

T. J. Wellbrock: Nach dem Anschlag auf Nord Stream: Wozu noch demonstrieren?

Es gibt für Russland keine ernstzunehmenden Motive dafür, die Nord-Stream-Pipelines zu beschädigen. Wohl auch deshalb wird zwar in Berlin und Brüssel über "härteste Konsequenzen" gesprochen, sollte es sich um eine "Sabotageaktion" handeln. Warum ausgerechnet Russland so etwas tun sollte, wird aber wohlweislich nicht diskutiert. ...

<https://kurz.rt.com/37ws> bzw. [hier](#)

Georgi Berezowskij: Was ist an der Grenze zwischen Tadschikistan und Kirgisistan passiert, und wohin kann das führen?

Ein ausgewachsener Krieg zwischen zwei ehemaligen Sowjetrepubliken könnte die Stabilität in Zentralasien nachhaltig gefährden. Fachleute in der Region sind sich jedoch zweifelsfrei sicher: Der Konflikt wird weitergehen, die Intensität der Auseinandersetzungen wird zunehmen. ...

<https://kurz.rt.com/37w2> bzw. [hier](#)

Dmitri Petrowski: Deutschland zahlt für Pax Americana: Chemiekonzerne und Volkswagen wandern in die USA aus

Wer den Russen die Emigration einiger weniger Mobilmachungsverweigerer unter ihren Landsleuten unter die Nase reiben will, sollte erst auf Deutschland schauen. Die dortige Industrie wandert in die USA aus. Dasselbe Schicksal blüht ganz Europa. ...

<https://kurz.rt.com/37w0> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Klaro – Die Russen waren's

Schon im Mai 2014 skizzierte die ehemalige US-Außenministerin Rice die Blaupause für einen Öl- und Gaskrieg gegen Russland. Den haben die Herren in Washington seither ohne Rücksicht auf ihre europäischen Verbündeten kompromisslos durchgesetzt. ...

<https://kurz.rt.com/37x5> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:19 de.rt.com: Papst Franziskus: Es herrscht Weltkrieg

Papst Franziskus hat erklärt, dass es sich nicht um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine handele, sondern um einen Weltkrieg. Es lohne sich dabei nicht, die Konfliktparteien in "gut" und "böse" einzuteilen. Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche wörtlich: "Ich denke, es ist ein Fehler zu glauben, dass dies ein Film über Cowboys ist, in dem es Gut und Böse gibt. Es ist auch falsch zu glauben, dass es sich um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine handelt und das war's. Nein. Dies ist ein Weltkrieg."

Der Geistliche fügte hinzu, er könne nicht nachvollziehen, warum dieser Krieg nicht vermieden worden sei. Weiter hieß es:

"Um das zu verstehen, muss man die Entwicklungen verstehen, die zu dem Konflikt geführt haben. Es gibt internationale Aspekte, die zur Provokation des Krieges beigetragen haben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6334987bb480cc5cd31a3790.jpg>
Papst Franziskus bei seiner wöchentlichen Generalaudienz im Vatikan am 28. September

21:58 de.rt.com: **Weißes Haus: Pentagon gewährt Ukraine weitere Militärhilfe im Wert von 1,1 Milliarden US-Dollar**

Das US-Verteidigungsministerium wird der Ukraine weitere Militärhilfe in Höhe von umgerechnet rund 1,1 Milliarden Euro zukommen lassen. Dies gab die Pressesprecherin des Weißen Hauses Karine Jean-Pierre bekannt.

Unter anderem soll das neue Rüstungspaket 18 Raketenwerfersysteme vom Typ HIMARS, 150 Panzerfahrzeuge vom Typ Humvee, 150 Fahrzeuge zum Transport von Waffen sowie Radargeräte und Anti-Drohnen-Systeme umfassen. Einschließlich des neuen Pakets beträgt Washingtons Militärhilfe für Kiew seit dem Beginn des Ukraine-Konflikts umgerechnet rund 16,2 Milliarden Euro.

22:15 de.rt.com: **Russland beruft UN-Sicherheitsrat wegen Schäden an Nord Stream-Röhren ein**

Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, hat erklärt, Russland werde wegen der Schäden an den Nord Stream-Pipelines eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates einberufen. Ihrer Meinung nach betrachten die russischen Behörden die Vorfälle bei den Pipelines als Provokation.

Russland beabsichtigt, im Zusammenhang mit den "Provokationen" gegen die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates einzuberufen. Dies hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in ihrem Telegram-Kanal [geschrieben](#). Sie erklärte:

"Russland beabsichtigt, im Zusammenhang mit den Provokationen gegen die Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 eine offizielle Sitzung des UN-Sicherheitsrates einzuberufen."

Später stellte der erste stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Dmitri Poljanski, klar, dass Moskau das Treffen für den 29. September beantragt hatte. Er sagte: "Russland hat eine dringende Sitzung des UN-Sicherheitsrates im Zusammenhang mit der Sabotage der beiden Stränge von Nord Stream beantragt."

Aufgrund des "vollen Terminkalenders des Sicherheitsrates" sei das Treffen jedoch für Freitag, den 30. September, 15 Uhr in New York (21 Uhr in Berlin) angesetzt, fügte Poljanski hinzu.

Darüber hinaus leitete ihrerseits die russische Generalstaatsanwaltschaft nach den Schäden bei Nord Stream ein internationales Terrorismusverfahren ein.

Beide Röhren von Nord Stream 1 und eine von Nord Stream 2 wurden in der Nacht zum 26. September beschädigt. Dies geschah in der ausschließlichen Wirtschaftszone Dänemarks nordöstlich der Insel Bornholm, die etwa 40 Kilometer vor der schwedischen Küste liegt. Der Betreiber von Nord Stream bezeichnete den Schaden als beispiellos. Der Kreml hat nicht ausgeschlossen, dass es sich um Sabotage handelt.

Der Vorfall wird von den deutschen Sicherheitsbehörden untersucht. Nach Informationen der Zeitung [Tagesspiegel](#) werden zwei Hauptvarianten in Betracht gezogen: Es könnte sich um eine Operation der ukrainischen Streitkräfte oder um eine russische Operation unter "falscher Flagge" gehandelt haben.

Der Kreml bezeichnete Spekulationen über eine Beteiligung Russlands als "vorhersehbar dumm". Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow sagte:

"Beide Röhren von Nord Stream 2 sind mit Gas gefüllt, alle Systeme sind bereit zum Pumpen, und dieses Gas ist sehr teuer. Jetzt entweicht dieses Gas in die Luft."

Wie schnell Nord Stream repariert werden kann, ist schwer abzuschätzen. Nach Ansicht deutscher Experten werden die Röhren ohne eine schnelle Reparatur nach einiger Zeit nicht mehr zu gebrauchen sein, weil das salzige Meerwasser bald zu viel Korrosion verursacht, so der Tagesspiegel.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633489c048fbef09283ef4a2.jpg>

22:27 de.rt.com: **Kiew: Ausländische Beobachter bei Referenden werden auf Fahndungsliste gesetzt**

Ausländische Staatsangehörige, die als Beobachter an Volksabstimmungen in der DVR und LVR sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje teilgenommen haben, müssen mit Konsequenzen rechnen. Dies erklärte Michail Podoljak, der Berater von Andrei Jermak, dem Leiter des Präsidialamts der Ukraine. Podoljak schrieb auf Twitter:

"Bürger anderer Länder, die sich bereit erklärt haben, bei den russischen Pseudo-Referenden die Rolle von 'Beobachtern' zu spielen, werden als Komplizen des Eingriffs in die Integrität der Ukraine eingestuft."

Podoljak präzisierte, dass diese Personen auf die internationale Fahndungsliste gesetzt und von mehreren Staaten mit Sanktionen belegt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6334a5dbb480cc13d2288447.jpg>

Ein ausländischer Beobachter in einem Wahllokal in Melitopol während des Referendums über den Beitritt des Gebiets Saporoschje zu Russland

vormittags:

7:18 de.rt.com: **BND unterstützt Ukraine mit militärisch verwertbaren Informationen**

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine weitaus stärker als bisher bekannt. Aus Medienberichten geht hervor, dass der Bundesnachrichtendienst der Ukraine seit dem Frühjahr militärisch verwertbare Informationen übermittelt. In Berlin hält man sich diesbezüglich bedeckt.

Wie durch Recherchen des ARD-Politmagazins Kontraste und der Wochenzeitung *Die Zeit* bekannt wurde, unterstützt die Bundesregierung die Ukraine stärker als bisher bekannt. Demnach übermittelt der Bundesnachrichtendienst (BND) der Ukraine seit dem Frühjahr militärisch nutzbare Informationen über das russische Militär.

Die vom BND übermittelten Daten basieren auf Satellitenbildern, abgefangenen Funksprüchen und Telefongesprächen. Wie bekannt wurde, wurden beispielsweise Hinweise auf Munitionsdepots, Aufnahmen eines Flugfelds sowie Anzahl und Lage russischer Flugzeuge weitergegeben. Seit Mai sollen mehr als 100 derartige Berichte an Kiew weitergegeben worden sein. Damit war es der Ukraine möglich, militärische Operationen vorzubereiten.

Wie es heißt, habe der BND die Berichte vor der Weitergabe juristisch geprüft. Die Daten seien mit einer Verzögerung von bis zu einigen Tagen weitergegeben worden und daher nicht unmittelbar für die Planung und Steuerung tödlicher Angriffe nutzbar gewesen, so die Behauptung. Die Weitergabe der Daten sei daher "rechtlich zulässig" und Deutschland somit "keine Kriegspartei".

Mit Verweis auf Quellen berichten *Die Zeit* und *Kontraste* zudem, dass der BND angeblich nur Satellitenbilder aus der Ukraine und nicht aus dem Staatsgebiet der Russischen Föderation übermittle. Die Bundesregierung erklärte auf Nachfrage, dass sie sich "grundsätzlich nicht" zu nachrichtendienstlichen Tätigkeiten äußere.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6334b44248fbef0cf07edb58.jpg>

7:14 de.rt.com: **LVR könnte Russland als Republik beitreten**

Die Volksrepublik Lugansk könnte Russland als Republik beitreten und bestimmte autonome Rechte erhalten. Dies sagte Rodion Miroshnik, Leiter der Vertretung der Volksrepublik Lugansk in der Russischen Föderation, am Donnerstag in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#):

"Ich denke, dass wir als Republik in die Russische Föderation eingegliedert werden. Die übrigen Details: Wie unsere Republik geregelt wird, welche Rechte, welche Pflichten unsere Republik, Führung, Behörden, Regierungssystem haben werden — all das wird in den

Gesetzesdokumenten beschrieben, die in naher Zukunft verabschiedet werden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/633524a0b480cc13d228845e.jpg>

Rodion Miroschnik, Leiter der Vertretung der Volksrepublik Lugansk in der Russischen Föderation

Wpered.su: **Leonid Kalaschnikow über die Ergebnisse des Referendums**

So sind nun in den Volksrepubliken und in den südlichen Territorien die Wahlen zum Ende gekommen.

Die Ergebnisse der Referenden zum Beitritt zu Russland:

Oblast Saporoshe: nach der Auszählung von 100% der Stimmzettel stimmten 93,11% für einen Beitritt zu Russland.

Oblast Cherson: nach der Auszählung von 100% der Stimmzettel stimmten 87,05% für einen Beitritt zu Russland.

LVR: nach der Auszählung von 100% der Stimmzettel stimmten 98,42% für einen Beitritt zu Russland.

DVR: nach der Auszählung von 100% der Stimmzettel stimmten 99,23% für einen Beitritt zu Russland.

Die Einwohner der Republiken hängen bereits an den Häusern russische Trikoloren auf. 8 Jahre hatten die Bürger der DVR und der LVR keine Staatsbürgerschaft – keine Rechte, keine Pflichten, keine Möglichkeit über die Zukunft ihrer Kinder nachzudenken. Aber nun haben sowohl sie als auch Cherson und Saporoshe, wie pathetisch das auch klingen mag, endlich diese Rechte und Pflichten erlangt. Sie wissen, dass sie mit der Heimat sind, die sie nie aufgeben wird. Indem sie diese Staatsbürgerschaft erlangen, diese Heimat erlangen, wissen sie, dass das jetzt für immer ist! Und in diesem Sinne ist das der wichtigste Sachverhalt des Ausgang der Referenden und die Aufnahme dieser Territorien in die RF.

Ich möchte anmerken, dass die Geschichte einer Schaffung, eines Zerfalls oder einer Wiedergründung eines Staates weder einen Zeitrahmen wie 8 Jahre verträgt, noch wird sie an solchen Zeiträumen gemessen sie unsere Lebenszeiten. Zweifellos wird der russische Staat weiter wachsen, inspiriert durch das neue Leben, das ihn umgeben wird, aber das wird klar nicht das Privateigentum und die Interessen der Oligarchen sein!

Ich denke, dass seine Geschichte sich weiter nach nach einem sozialistischen Prinzip entwickeln wird.

Übrigens wurde auch Noworossija vor 8 Jahren auf sozialistischen Prinzipien gegründet.

Unter anderem wurde auch das Eigentums als Volkseigentum ausgerufen. Genau deswegen gibt es in den Bezeichnungen der DVR und LVR das Wort „Volk“. Ich hoffe, dass das, wenn auch nicht sofort, aber doch auch der Russischen Föderation zu eigen sein wird!



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/10/9eebd1_1-182071.jpg

7:21 de.rt.com: **Schwedische Küstenwache meldet viertes Leck an Nord Stream**

Wie die schwedische Tageszeitung *Svenska Dagbladet* mitteilt, hat die Küstenwache ein weiteres Leck an der Gaspipeline Nord Stream entdeckt. Die russische Staatsanwaltschaft ermittelt. Russland beruft Dringlichkeitssitzung im UN-Sicherheitsrat ein.

Nach Angaben der schwedischen Küstenwache sei inzwischen ein viertes Gasleck entdeckt worden, meldet die Zeitung *Svenska Dagbladet*. Gleichzeitig wies der Seismologe Björn Lund darauf hin, dass eine dritte Explosion nicht ausgeschlossen werden könne. Bisher war von lediglich zwei Explosionen die Rede.

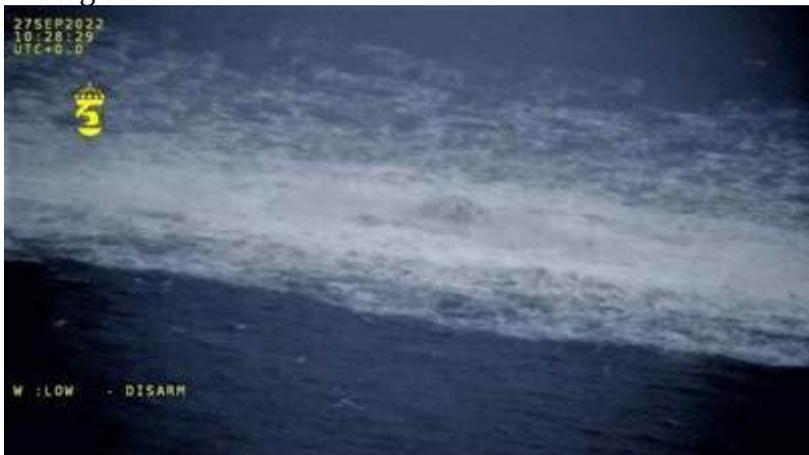
Zwei der insgesamt vier Lecks befinden sich in der schwedischen Wirtschaftszone.

Zu Beginn der Woche wurde zunächst in der Pipeline Nord Stream 2, dann auch an Nord Stream 1 ein starker Druckabfall verzeichnet. Gas trat nahe der zu Dänemark gehörenden Insel Bornholm aus. Der Schiffsverkehr wurde umgeleitet. Wie aus schwedischen Berichten hervorgeht, wurden in der Region Explosionen seismographisch erfasst.

Aufgrund des anhaltenden Gasaustritts ist eine direkte Inspektion derzeit nicht möglich.

Dennoch ist es inzwischen Konsens, dass es sich um einen Anschlag handelt.

Die russische Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingeleitet. Das russische Außenministerium fordert eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats. Diese soll am Freitag stattfinden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633530bd48fbef0fe129ac89.jpg>

Standbild eines Ausschnitts aus einem Video der schwedischen Küstenwache, das den Gasaustritt infolge der Lecks an Nord Stream zeigt

7:41 de.rt.com: **Nebensja zu Referenden: Unsere Leute kennen die Wahrheit und der Westen wird nichts daran ändern können**

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja ging in seiner [Rede vor dem UN-Sicherheitsrat](#) ausführlich auf die Referenden im Donbass und den Gebieten Cherson und Saporoschje ein und prognostizierte, dass, wenn Kiew unter Schirmherrschaft des Westens weiter auf einen Kampf gegen Russland "bis zum letzten Ukrainer" setze, wahrscheinlich auch andere Regionen den Wunsch äußern würden, sich Russland anzuschließen. Es sei der Westen, der sich die Hände reibe und mächtig an dem Leid der Menschen in der Ukraine verdiene, und Kiew müsse endlich einlenken und seinem Volk dienen – nicht Washington, London und Brüssel. Wir zeigen Ihnen die gesamte Rede des russischen UN-Botschafters.



<https://thumbs.odycdn.com/2c5b415aaa08014897fef5e4c546042.webp>

7:43 de.rt.com: **Energiekrise: USA werben deutsche Firmen mit niedrigen Energiepreisen ab**

Durch die hohen Energiepreise ist der Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet. Die USA versuchen nun, deutsche Unternehmen mit niedrigen Energiepreisen abzuwerben. Berlin weiß um das Problem und versucht nun gegenzusteuern.

Durch die von antirussischen Sanktionen verursachte Energiekrise ist Deutschland als Wirtschafts- und Industriestandort zunehmend gefährdet. Medienberichten zufolge profitieren nun insbesondere die USA von der prekären Lage. Die Vereinigten Staaten versuchen verstärkt, Unternehmen aus Deutschland mit dem Hinweis auf niedrige Energiepreise in den USA abzuwerben. Dies gilt insbesondere für die Südstaaten.

Nach einem Bericht des Handelsblatts werben vor allem die US-Bundesstaaten Virginia, Georgia und Oklahoma um deutsche Unternehmen. Und das durchaus mit Erfolg. Regierungsvertreter aus Oklahoma warben gegenüber der Zeitschrift damit, dass "die Energiekosten niedrig und die Netze stabil sind". Kevin Stitt, der Gouverneur von Oklahoma, erklärte dem Handelsblatt:

"Wir hatten zuletzt in elf von 14 Quartalen die niedrigsten Energiekosten der USA."

Auch in Oklahoma sei der Kohleausstieg beschlossen, bis zum Jahr 2024 sollen allerdings zwei neue Kernkraftwerke ans Netz gehen. Stitt zufolge stammen 40 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen, bei der Erdgasförderung liege man auf Platz drei. Besonders die billige Energie sei für deutsche Unternehmen von Interesse.

Oklahomas aggressives Werben verfängt offenbar bei den Unternehmen: 60 deutsche Firmen sind dem Ruf nach Oklahoma gefolgt, darunter Lufthansa, Aldi und Siemens. Die Unternehmen haben dort rund 300 Millionen US-Dollar investiert. Auch der US-Bundesstaat Georgia wirbt mit günstiger und sicherer Energie und unterstützt neue Firmenansiedlungen durch Steuererleichterungen. Für den Bundesstaat scheint sich dies auszuzahlen: Nach Südkorea gehört Deutschland zu den Investorländern, die dort in den Jahren 2021 und 2022 die meisten Arbeitsplätze geschaffen haben.

Auch in der Bundesregierung scheint man sich der Gefahr einer Deindustrialisierung durch

die hohen Energiepreise bewusst zu sein. Jörg Kukies, Staatssekretär und oberster Wirtschaftsberater im Kanzleramt, stellte fest:

"Deutschland droht eine Abwanderung wichtiger Industrien."

Dies betreffe vor allem die Stahl-, Glas, Keramik, Aluminium- und Zementproduzenten. Die Regierung versuche nun, mit dem Entlastungspaket gegenzusteuern, so Kukies.

Auch die deutsche Automobilindustrie baut verstärkt Standorte in den USA aus. Aber nicht nur der Süden, auch andere Standorte in den Vereinigten Staaten könnten profitieren. Der Pharmakonzern Bayer investierte beispielsweise 100 Millionen US-Dollar in ein neues Biotech-Zentrum in Boston, BASF will bis zum Jahr 2026 rund 25 Prozent seiner globalen Investitionen im Wert von rund 26 Milliarden Euro in Nordamerika tätigen. Nach Angaben der Wirtschaftsförderung im US-Bundesstaat Virginia haben im Jahr 2022 zudem sechs deutsche Unternehmen den Aufbau oder Ausbau ihres Standortes angekündigt. Im Jahr 2021 waren es nur zwei Unternehmen.

In Berlin versucht man gegenzusteuern. In der vergangenen Woche führte Kukies Gespräche mit US-amerikanischen Energielieferanten. Dem Handelsblatt erklärte er, er hoffe, dass sich die Energiepreise bald wieder normalisieren werden:

"Wir ersetzen Gaslieferungen aus Russland durch Flüssiggas aus den USA, dem Nahen Osten und Afrika, wo es ein gutes Angebot gibt."

Zudem wolle man "im Rekordtempo neue Flüssiggasterminals in Brunsbüttel fertigstellen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6334a9b2b480cc488a3d17a9.jpg>

8:08 de.rt.com: **Neues EU-Sanktionspaket gegen Russland beinhaltet Ölpreisobergrenze**

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hat ein neues Sanktionspaket gegen Russland angekündigt. Neben der Einführung einer Preisobergrenze für russisches Öl schlägt sie vor, EU-Bürgern die Arbeit in den Führungsgremien russischer Staatsunternehmen zu verbieten. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland wegen der russischen Sonderoperation in der Ukraine vorgelegt. Dazu schrieb die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen auf Twitter:

"Mit diesem Paket legen wir heute eine Rechtsgrundlage für die Begrenzung der Ölpreise vor. Einige Entwicklungsländer sind weiterhin auf russische Öllieferungen zu niedrigen Preisen angewiesen. Diese Ölpreisobergrenze wird einerseits dazu beitragen, Russlands Einnahmen zu verringern, und andererseits die globalen Energiemärkte stabil halten."

Das Paket enthalte unter anderem die Rechtsgrundlage für einen Preisdeckel für Ölimporte aus Russland sowie weitere Importbeschränkungen im Wert von sieben Milliarden Euro, sagte Ursula von der Leyen am Mittwoch in Brüssel. Nun müssen die EU-Staaten über den Vorschlag verhandeln und einstimmig darüber entscheiden.

Darüber hinaus schlug die Europäische Kommission vor:

- Ausweitung der Liste der Bürger und Unternehmen, über die persönliche Sanktionen verhängt werden;
- Erweiterung der Liste der Waren, deren Lieferung nach Russland verboten ist, in den

Bereichen "Produkte für die Luftfahrt, elektronische Komponenten und spezielle chemische Grundstoffe";

- Arbeitsverbot für EU-Bürger in den Führungsgremien russischer Staatsunternehmen. Das neue EU-Sanktionspaket ist eine Reaktion auf die Referenden über den Beitritt zu Russland, die in den Gebieten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den ehemaligen ukrainischen Gebieten Saporoschje und Cherson abgehalten wurden. Zuvor hatte die EU bereits beschlossen, dass ab dem 5. Dezember kein russisches Rohöl mehr über den Seeweg in die Europäische Union eingeführt werden darf. Darüber hinaus verständigte sich die G7-Gruppe im Grundsatz auf eine Preisobergrenze für russisches Öl, die auch für Drittstaaten gelten soll. Hiermit will man Russland die Einnahmen aus Ölexporten nehmen. Den G7-Plänen zufolge soll der Seetransport von Erdölprodukten und Rohöl aus Russland weltweit nur noch möglich sein, wenn das Öl unter einem bestimmten Preis gekauft wurde. Ein konkretes Limit dafür gibt es bislang nicht. Funktionieren könnte dies, indem wichtige Dienstleistungen wie Versicherungen für Öltransporte an die Einhaltung der Regel geknüpft werden.

Um das Umgehen von Sanktionen zu erschweren, soll zudem eine Liste mit Personen eingeführt werden, die dies bereits versucht haben. Dies werde eine abschreckende Wirkung haben, sagte von der Leyen. Auch sollen weitere Personen mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt werden.

Russland hält die EU-Sanktionen für rechtswidrig und wird nach Angaben des stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Alexander Nowak weder Öl noch Ölerzeugnisse an jene Länder liefern, welche eine Obergrenze über Ölpreise verhängen. Er stellte fest:

"Dies ist eine Einmischung in die Marktmechanismen einer so wichtigen Industrie wie der Ölindustrie, die für die Energiesicherheit der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung ist. Solche Versuche werden die Ölindustrie und den Ölmarkt nur destabilisieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6334ab5c48fbef0cdf03d680.jpg>
EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen gibt eine Presseerklärung im Berlaymont, dem Hauptsitz der EU-Kommission, ab.28. September 2022, Brüssel, Belgien

8:41 de.rt.com: **Stremoussow: Ukraine hat de facto aufgehört zu existieren**

Die Ukraine hat de facto bereits aufgehört zu existieren und das Gebiet Cherson wird ein Subjekt Russlands. Dies [erklärte](#) Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets, in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur TASS. Er sagte, das Gebiet Cherson werde in naher Zukunft zu einem Subjekt der Russischen Föderation und sich wie die Halbinsel Krim, die als Teil Russlands gediehen ist, weiterentwickeln. Stremoussow sprach auch über die Zukunft der Ukraine: "Was wird mit der Ukraine geschehen? Die Ukraine hat de facto bereits aufgehört, als US-amerikanisches Projekt zu existieren, in das riesige Geldbeträge investiert wurden. Die Ukraine sowie auch diejenigen, die sie geschaffen haben, werden bald auseinanderfallen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 29.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 3 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 11 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Lissitschansk und Perewalsk** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS und 155mm-Artilleriegeschützen **beschossen** und 8 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde in Lissitschansk ein Gebäude der städtischen Wasserwerke zerstört.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Truppen **Solotoje-5, Swatowo und Kremennaja** unter Einsatz amerikanischer Mehrfachraketenwerfer M142 HIMARS **beschossen** und 8 Raketen abgefeuert.

Als Folge davon

- wurde in Solotoje-5 das Kulturhaus zerstört;
- wurde in Swatowo ein Wohnhaus zerstört;
- wurden in Kremennaja 2 Wohnhäuser zerstört.

Weitere Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 28. September haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:27 de.rt.com: **Duma-Abgeordneter: Nord Stream kann repariert werden**

Der Leiter des Energieausschusses der Staatsduma teilte vor Journalisten mit, es sei technisch möglich, Nord Stream zu reparieren. Die Reparatur könne voraussichtlich bis zu einem Jahr dauern, denn der Prozess sei aufwändig.

Wie die russische Nachrichtenagentur TASS meldet, könnte die Reparatur von Nord Stream 1 und 2 realisiert werden, aber länger als sechs Monate dauern. Dies sagte der Leiter des Energieausschusses der russischen Staatsduma Pawel Sawalny.

Demnach gebe es zwei Möglichkeiten, um die Schäden zu beheben. Entweder den Bau eines speziellen Mantels um die Leitungen, der eine Reparatur unter Wasser ermöglicht, oder aber das Anheben der Leitung an die Oberfläche.

"Eine Möglichkeit besteht darin, eine Glocke herzustellen, die über der Pipeline angebracht wird. Die Arbeiten werden dann im Raum der Taucherglocke durchgeführt: Das ermöglicht entweder den kompletten Austausch dieses Rohrsegments oder die Reparatur [des Lecks]. In diesen Tiefen ist das möglich. Dennoch ist das natürlich ein kompliziertes Vorhaben.

Dementsprechend lang sind die Fristen für Projektierung, Vorbereitung und Durchführung der Arbeiten. Es geht alles in allem nicht um Monate, es kann auch länger dauern. Die zweite Option ist, die Pipeline nach oben zu holen", sagte Sawalny am Rande des Forums "Öl und

Gas Sachalin" am 29. September vor Journalisten.

Laut Sawalny wären zum Anheben einer Leitung von Nord Stream Schwimmkräne mit einer Tragfähigkeit von 3.000 Tonnen erforderlich.

"Beim Bau der Leitungen ist berücksichtigt worden, dass es notwendig werden könnte, die Leitungen zu reparieren. Das heißt, die Möglichkeit, sie anheben zu können, wurde eingeplant. Dennoch braucht das alles natürlich Zeit. Es gibt die technische Möglichkeit der Reparatur, aber sie wird geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es werden nicht zwei Monate sein. Wir reden über einen Zeitraum von einem halben oder einem ganzen Jahr, nicht weniger", erklärte Sawalny.

Er fügte hinzu, der entscheidende Faktor bei der Wahl zwischen den beiden Optionen sei die Frage der Verfügbarkeit der technischen Ausrüstung. Entsprechende Ausrüstungen seien eventuell durch die Sanktionen gegen Russland blockiert.

Die Stränge der Ostsee-Pipeline Nord Stream waren am Montag vermutlich durch Explosionen beschädigt worden und sind derzeit nicht funktionsfähig.

Wie der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow mitteilte, sei Sabotage als Ursache nicht auszuschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633548d8b480cc0de6779fcb.jpg>

Der Leiter des Energieausschusses der russischen Staatsduma Pawel Sawalny am 17. Juni 2022 auf dem Sankt Petersburger Wirtschaftsforum

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **156 Geschosse** mit Rohrtartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Panzern und Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**, außerdem wurde eine Rakete AGM-88 HARM. Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei wurden 2 Häuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer, 3 Schützenpanzerwagen, 2 Drohnen, 3 Spezialfahrzeuge und 40 Mann. Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:14 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Flüchtlingskonvoi im Gebiet Charkow: zwei Kinder verletzt

Die ukrainischen Truppen sollen einen Flüchtlingskonvoi im Gebiet Charkow beschossen

haben. Sieben Menschen, darunter zwei Kinder, seien durch den Beschuss verletzt worden. Dies teilte das Gesundheitsministerium der Volksrepublik Lugansk gegenüber RIA Nowosti mit. Die Erklärung wörtlich:

"Insgesamt sieben Menschen, darunter zwei Kinder, wurden verletzt".

Die Behörden erklärten auch, dass die Verwundeten in die LVR evakuiert worden seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63354aeeb480cc104f04e1db.jpg>

Ein aus Mariupol evakuierter Junge

10:45 de.rt.com: **Eine Frau beim ukrainischen Beschuss von Donezk ums Leben gekommen**

Eine Zivilistin sei durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte im Donezker Stadtteil Kuibyschew getötet worden. Dies [teilte](#) der Stab der Territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik am Donnerstag auf Telegram mit. In der Erklärung hieß es:

"Eine Frau ist durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte in der Dekabristow-Straße im Donezker Stadtteil Kuibyschew ums Leben gekommen".

Auf [Fotos](#), die der Stab veröffentlichte, sind die Zerstörungen zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/HdTqmWMV6dWs5J8QgXH97jvNtdWH2n-L2bjafUufPEIGN23jwTn7ILRshOqXkEc2t_Rs9LQ61bwckrDyHn2VqSYDZ289LqOYcOr_Er1k30hJw1qo9JBtlGmjO8Yt6yHb35Si0W0kuDaCyPh8KF74NAdlTaUPnZpePvjGfs9_YvXP6v3ES1_liPSalXqzexOtYCq2DQBKqOp0VuwhRmf57fyTA_dbB0dIpazjLJozBnjXu54hWfGI6jUubwGJ7RQZdKEuqDzQwNYUeR5G7-oYBr0M36bychEhALojVUnjDf9oVSpbhMk0yD9NcM8O3xisGIP9qiBzcOSmTGpbcYpuuw.jpg

Lug-info.com: **Beschuss eines Flüchtlingskonvois**

Sieben Menschen sind nach dem Beschuss einer Kolonne von Flüchtlingen, die aus Kupjansk nach Russland fuhr, durch die Kiewer Truppen in der Oblast Charkow in Krankenhäuser der LVR eingeliefert worden. Dies teilte die Gesundheitsministerin der LVR Natalija Paschtschenko mit.

Die Kiewer Truppen haben in der Oblast Charkow eine Kolonne aus fünf Autos beschossen, in denen sich Zivilisten befanden, die versuchten aus Kupjansk nach Russland zu fahren. Nach vorläufigen Informationen starben infolge des Beschusses mehr als 30 Menschen, darunter Kinder.

Paschtschenko berichtete, dass sieben Menschen in Krankenhäuser der Republik eingeliefert wurden.

„Wie viele weitere Verletzte und wie viele Tote es gibt, dazu kann ich jetzt keine genauen Angaben machen. In Lugansk sind drei Menschen, die übrigen in Starobelsk, wohin sie von Soldaten mit verschiedenen Arten von Technik evakuiert wurden: sie haben die Fahrzeuge genommen, die sie selbst benutzt und haben sie an einen sichereren Ort gebracht“, teilte der Minister mit.

Der kommissarische Leiter des Lugansker republikanischen klinischen Kinderkrankenhauses Leonid Bundsjak erläuterte, dass unter den in Lugansk eingetroffenen Menschen zwei Kinder sind.

„Eine Evakuierung war geplant. Sie saßen in einem Passagierbus – und der Passagierbus wurde beschossen. Es gibt viele Tote. Vor den Augen der Kinder starben ihre Eltern und andere Kinder. Zu uns kamen am 27. September zwei Kinder, Pawel Derewjanko, 10 Jahre, er war in einem mittelernten Zustand. Marina Malaochow, 14 Jahre, in einem ernsten Zustand“, berichtete der Arzt. ...

10:47 de.rt.com: **LVR meldet 30 Tote nach ukrainischem Beschuss eines Flüchtlingskonvois bei Charkow**

Der LVR-Botschafter in Russland, Rodion Miroshnik, teilte mit, dass mehr als 30 Menschen getötet worden seien, als die Ukraine einen Flüchtlingskonvoi auf dem Weg von Kupjansk nach Russland beschossen hätte. Das russische Militär zog sich Anfang September aus der Stadt zurück.

Der Leiter des Moskauer Vertretungsbüros der Volksrepublik Lugansk, Rodion Miroshnik, teilte mit, dass vorläufigen Berichten zufolge rund 30 Menschen im Gebiet Charkow durch den ukrainischen Beschuss eines Flüchtlingskonvois getötet worden seien. Er sagte gegenüber der russischen Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#):

"Nach vorläufigen Angaben sollen bei dem Beschuss des Konvois etwa 30 Menschen, darunter auch Kinder, getötet worden sein."

Nach [Angaben](#) von Miroshnik hätte die ukrainische Armee im Gebiet Charkow einen Flüchtlingskonvoi aus fünf Autos mit Zivilisten beschossen. Diese versuchten, die Stadt Kupjansk in Richtung Russland zu verlassen. Er sagte, dass sieben verletzte Personen, darunter auch Kinder, in Krankenhäuser der Volksrepublik Lugansk eingeliefert worden seien. Diese seien vom LVR-Militär evakuiert worden, hieß es weiter.

Miroshnik fügte hinzu, dass die Rettungsdienste bislang wegen der anhaltenden Angriffe der ukrainischen Streitkräfte keine Möglichkeit hätten, die Leichen zu bergen. Zudem sagte der Leiter der LVR-Mission in Moskau im Fernsehsender Rossiya 24:

"Nachdem die aktiven Feindseligkeiten auf dem Territorium des Gebiets Charkow begonnen hatten, stieg die Zahl der Menschen, die entweder in Richtung des russischen Gebiets Belgorod ausreisen oder durch unser Gebiet gehen."

Kupjansk liegt im östlichen Teil des Gebiets Charkow, 70 Kilometer nordöstlich von Isjum und 50 Kilometer östlich von Balakleja. Die Stadt ist das Verwaltungszentrum des Bezirks

Kupjansk. In der Stadt befindet sich ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt. Das russische Militär übernahm am 27. Februar die Kontrolle über Kupjansk, nachdem die Feindseligkeiten in der Ukraine begonnen hatten. Am 8. September erklärte der Leiter der prorussischen zivil-militärischen Verwaltung des Gebiets Charkow, Witali Ganitschew, dass entlang der gesamten Kontaktlinie heftige Kämpfe stattfinden. Zwei Tage später forderte er die Einwohner von Kupjansk und den Städten Isjum und Weliki Burluk auf, das Gebiet zu verlassen. Gleichzeitig berichteten russische Militärkorrespondenten, dass sich die russischen Truppen aus Kupjansk, Isjum und Balakleja zurückziehen. Das russische Verteidigungsministerium erklärte dies mit einer Umgruppierung, um die Einheiten in Richtung Donezk zu verstärken.

Am 19. September veröffentlichte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij Fotos aus Kupjansk und sprach über die Wiedereroberung des Gebiets. Später erklärte die Regionalverwaltung von Charkow, dass russische Truppen den Osten von Kupjansk kontrollieren.

Gleichzeitig kündigte die ukrainisch kontrollierte Stadtverwaltung von Kupjansk die Evakuierung an, wie aus Facebook-Posts hervorgeht. Ihre Vertreter erklärten, dass sie die Bewohner des östlichen Kupjansk mit Bussen evakuieren.

Am 28. September erklärte der Abgeordnete des Stadtrats Wadim Krochmal in einer YouTube-Botschaft, dass die Evakuierung der Menschen aus den Vororten von Kupjansk, Kowscharowka und Sortirowka weiterhin problematisch sei, da Freiwillige keinen Zugang zu diesen Siedlungen hätten. Er riet den Einwohnern von Kupjansk, die Stadt zu verlassen, da sie noch nicht sicher sei und es noch vermintete Gebiete gebe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63356fc3b480cc059750b215.jpg>

Ein unter Beschuss geratenes Auto

11:16 de.rt.com: **Medienbericht: Südkoreanische Waffen im Wert von 2,9 Milliarden US-Dollar sollen über Tschechien in die Ukraine geliefert werden**

Südkoreanische Waffen im Wert von 75 Milliarden Kronen (etwa 2,9 Milliarden US-Dollar) sollen über Tschechien an die Ukraine geliefert werden. Dies wurde am Donnerstag auf der Website der Zeitung Mladá fronta DNES berichtet. Der Zeitung zufolge geht es um Flugabwehrsysteme und Munition, insbesondere um KP-SAMs, international als Chiron (koreanisch für Shingung) vermarktet, die zur Abwehr von Angriffen durch Flugzeuge eingesetzt werden.

Die Vereinigten Staaten finanzieren die Lieferung, die eine der größten während des Konflikts in der Ukraine sein wird. Die Waffen werden an "eine tschechische Waffenfirma" geliefert. Dank dieser werden sie als Schenkung in die Ukraine transportiert. Aufgrund der offiziellen Position Seouls können südkoreanische Waffen nicht direkt in die Ukraine geliefert werden.

nachmittags:

12:07 de.rt.com: **Cherson meldet zwei getötete Zivilisten bei ukrainischem Raketenangriff**

Nach einem Raketenangriff der ukrainischen Streitkräfte auf ein Wohnhaus in Cherson haben die Rettungskräfte zwei Tote gefunden. Dies wurde am Donnerstag auf dem Telegram-Kanal des Gesundheitsministeriums des Gebiets [berichtet](#). In der Meldung hieß es:

"Heute wurde eine Person aus den Trümmern herausgeholt, die leider gestorben ist. Um 10:30 Uhr befinden sich sechs Verletzte in Krankenhäusern in Cherson: fünf in mittelschwerem Zustand, einer in schwerem Zustand. Zehn Personen werden behandelt. Leider sind zwei Menschen ums Leben gekommen."

Auf dem [Video](#), das das Gesundheitsministerium veröffentlichte, sind die Zerstörungen zu sehen.

12:37 de.rt.com: **Peskow: Morgen werden Verträge über Beitritt neuer Territorien zu Russland unterzeichnet**

Morgen um 14.00 Uhr MEZ findet im Kreml eine Zeremonie zur Unterzeichnung von Verträgen über den Beitritt neuer Territorien zu Russland statt. Dies teilte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Donnerstag mit. Peskow zufolge werden mit beiden Volksrepubliken sowie Gebieten Cherson und Saporoschje, in denen Referenden abgehalten worden waren, Verträge unterzeichnet. Außerdem wird der Präsident Russlands, Wladimir Putin, eine Rede halten.

Zudem bezeichnete Peskow die Nord Stream-Lecks als Terrorakten und schloss nicht aus, dass dahinter ein Staat stehen könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63356ffc48fbef09283ef4fe.jpg>

12:48 de.rt.com: **Gleichschaltung: Wie die Bundesregierung das antirussische Narrativ kontrolliert**

Ein auf den *NachDenkSeiten* veröffentlichtes Dokument enthüllt brisante Informationen. Demnach beeinflusst die Bundesregierung massiv den medialen Diskurs über Russland – und schürt antirussische Ressentiments in der deutschen Gesellschaft.

Auf den [NachDenkSeiten](#) erschien heute ein exklusiver Beitrag, basierend auf einem internen Dokument der Bundesregierung. Dieses zehnteilige Dokument liegt der NachDenkSeiten-Redaktion vor. Der Inhalt ist brisant, denn er belegt die massive Manipulation der deutschen Medien und der deutschen Gesellschaft durch die Bundesregierung.

Aus dem geleakten Dokument geht hervor, dass mehrere Bundesministerien in einer vernetzten Aktion Einfluss auf Medien, soziale Netzwerke, Behörden und

Bildungseinrichtungen nehmen, um die Verbreitung von Informationen über Russland zu steuern und so Meinungsbildung direkt zu beeinflussen.

Neben dem von Nancy Faeser (SPD) geleiteten Bundesministerium des Innern sind das Auswärtige Amt, das Bundespresseamt, das Bundesministerium für Verkehr, das Bundesfamilienministerium sowie das Bundesministerium der Verteidigung an diesen Bemühungen um Gleichschaltung von Medien und um die Beeinflussung der Zivilgesellschaft beteiligt. Die Federführung liegt laut den NachDenkSeiten beim Bundesinnenministerium.

Ziel ist es demzufolge, in einer breiten Allianz aus Politik und Medien – einschließlich der großen Internetplattformen – alle Informationen aus Russland sowie russische Argumentationen und Standpunkte ohne Überprüfung von deren Inhalten "per se" als Desinformation zu diskreditieren. In den sozialen Medien will sich die Bundesregierung hierfür vor allem gleichgeschalteter Faktenchecker bedienen. Weiterhin sollen auf allen gesellschaftlichen Ebenen – bis hinein in die Parlamente und Schulen – antirussische Ressentiments gefördert und unterstützt werden. Das Dokument sieht unter anderem die Instrumentalisierung von Kindern ab sechs Jahren als "Kinderreporter" für Propagandazwecke der Bundesregierung vor. Zudem will sich das Außenministerium in all diesen Aktivitäten mit den Behörden der USA koordinieren.

Die Veröffentlichung der NachDenkSeiten ist zweifellos brisant. Sie bezeugt, dass die Bundesregierung willens ist, die Konfrontation mit Russland auch propagandistisch weiter voranzutreiben, hierfür Medien gleichschaltet und dabei auch vor dem Erzeugen von diskriminierenden und rassistischen Vorurteilen nicht zurückschreckt.

Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUSS KRIEG gegen UKR

Stand: 27.06.2022

Ressort/Behörde	Bestehende und geplante Aktivitäten im Bereich der strategischen Kommunikation und gegen Desinformation im Kontext RUSS/UKR
BMI	<ul style="list-style-type: none">• Ressortübergreifende Koordinierung der Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen, insb. Desinformation, u.a. durch Federführung UAG RUSS/UKR einschli. als Hybrid• Lenkung der wöchentlichen Sitzungen der UAG RUSS/UKR (und der Sonderitzung am 09.05.2022 zum RUSS „Tag des Sieges“)• Einbringung Lauberscher Hybrid Bedrohungen: Dieser behandelt u.a. Einflussnahme im Informationsraum und einschli. alle zwei Wochen, aktuell mit Schwerpunkt RUSS/UKR.• Vortrag von BMD Faeser zum Thema „Hybride Bedrohungen/Desinformation“ im Kabinett am 06.04.2022.• 10 Phasen-Behrohung Plan• <u>Aufbau von Desinformation und Verlinkung zu Faktencheckern</u> auf dem Webseiten der BfT (insb. von BMD/BPA), wobei auch auf das Portal „Verantwortliche versetzen werden sollte... als als Informationsangebot für Geflüchtete dient→ Artikel „Desinformation als hybride Bedrohung“ auf BMI Webseite: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/04/2022/04-04-2022-desinformation-als-hybride-bedrohung.html, Online-Angebot zum Thema „Desinformation“ wird derzeit seitens BMI erweitert. Aktivitäten des BPA s.u.• Im konkreten Einzelfall und nach Abwägung Debatte, also Richtigstellung von Falschinformationen, in der jeweiligen Ressortzuständigkeit → UAG RUSS/UKR sorgt für enge Abstimmung beim Debatte in Einzelfällen• Zurverfügungstellung faktenbasierter und transparenter Informationen durch die BfT, u.a. durch die (p) mit einer eigenen Themenseite → Aktivitäten u.a. der (p) s.u.• Bereitstellung eines FAQ zum RUSS/UKR-Krieg, das innerhalb des Ressortbereichs geteilt und Multiplikatoren an die Hand gegeben wird → FAQ „Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“ wurde erstellt und an den gesamten Ressortbereich, MdB sowie Länder und Kommunen verteilt. Vorlesung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft• <u>Pressegespräche zum Thema „Sowjet-Untergrundnetzwerk“ am 11.05.2022</u>, weitere Pressegespräche sind geplantAußerdem Namensartikel in Erwartung: Interview von BMD Faeser u.a. im „Stem“ am 12.05.2022, Berichterstattung zur UAG RUSS/UKR, die von BMD Faeser überblickt als Task Force gegen Desinformation bezeichnet wurde, u.a. seitens Tagesaktuell am 23.06.2022

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633577cd48fbef0cf07edbbf.png>

13:10 de.rt.com: **Ukrainischer Beschuss von Gorlowka: Zivilist getötet und Kindergarten getroffen**

Ein Zivilist sei getötet und fünf weitere verletzt worden, als die ukrainischen Streitkräfte die Bergmannssiedlung Isotow in Gorlowka, Volksrepublik Donezk, beschossen hätten. Der Bürgermeister der Stadt, Iwan Prichodko, erklärte auf seinem Telegram.

"Alle Verwundeten sind in ernstem Zustand, eine Person ist ums Leben gekommen."

Außerdem sei nach Angaben des Bürgermeisters die Siedlung Isotow wegen des ukrainischen Angriffs teilweise stromlos. Zudem seien das Dach, die Fassade und die Fenster des Kindergartens Nr. 4 ebenfalls beschädigt worden. Auf den [Fotos](#), die er auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichte, sind die Schäden zu sehen.

13:24 de.rt.com: **Bericht: Finnland schließt Grenze für russische Touristen**

Laut einem Medienbericht wird Finnland in der Nacht auf Freitag seine Grenzen für russische Touristen schließen. Der Schritt war bereits zuvor angekündigt worden. Die Ausreise nach Finnland ist für Russen derzeit die letzte Möglichkeit, direkt in die EU einzureisen.

Wie die finnische Zeitung Helsingin Sanomat berichtet, soll die endgültige Entscheidung über die Zeit für die Schließung der Grenze bei einer Regierungssitzung am Donnerstagmittag getroffen werden. Voraussichtlich wird Finnland russischen Touristen die Einreise ab dem 30. September vollständig verbieten. Bürger, die in Finnland studieren oder arbeiten, werden weiterhin einreisen dürfen. "Die neuen Richtlinien erinnern an die Grenzregeln aus der Corona-Zeit, nur, dass die Einreisebeschränkungen nur für Russen gelten", heißt es in dem Bericht. Nach vorläufigen Schätzungen wird die Zahl der Einreisenden damit um die Hälfte zurückgehen.

Im Reisepass eines Bürgers, der nicht einreisen darf, wird ein Vermerk über die Einreiseverweigerung gemacht. Möglich ist, dass das Visum ganz annulliert wird. Mit solchen Visa ist es dann nicht mehr möglich, in ein anderes Schengen-Land einzureisen.

Finnland ist derzeit das einzige EU-Land, das russischen Touristen die Einreise in die Schengen-Zone ermöglichte. Die Behörden des Landes hatten vor wenigen Tagen angekündigt, die Einreisebestimmungen zu verschärfen, das offizielle Datum war aber noch unklar. Ministerpräsidentin Sanna Marin nannte als Grund für die Initiative mögliche Risiken für die Sicherheit des Landes.

Nach Beginn der Mobilmachung in Russland haben zahlreiche Menschen beschlossen, das Land zu verlassen. Die Preise für die Flugtickets schossen in die Höhe, an den Grenzen bildeten sich kilometerlange Staus. Die Agentur Reuters berichtete mit Verweis auf finnische Behörden, dass vergangenes Wochenende rund 17.000 Russen über die finnische Grenze in das EU-Land eingereist sind, rund 80 Prozent mehr als eine Woche davor.

Russische Medien berichteten am Mittwoch, dass am Kontrollpunkt Torfjanowka an der Grenze zu Finnland ein mobiles Einberufungsbüro eingerichtet werde. Männer, die der Mobilmachung unterliegen, sollen dort Vorladungen erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335553348fbef0fe129acad.jpg>

Grenzschutzbeamte an der Grenze zwischen Finnland und Russland

13:42 de.rt.com: **NATO-Statement: Hinter Lecks an Nord Stream-Pipelines steckt Sabotage**

Die Lecks in den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 seien laut NATO durch Sabotage verursacht worden. Dies geht aus der Erklärung des Nordatlantikrats der dreißig Mitgliedstaaten vom 29. September hervor:

"Alle derzeit verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass dies das Ergebnis

vorsätzlicher, rücksichtsloser und unverantwortlicher Sabotageakte ist." Zugleich unterstrich die Allianz, dass "jeder vorsätzliche Angriff auf die kritische Infrastruktur der Bündnispartner mit einer gemeinsamen und entschlossenen Reaktion beantwortet werden wird". Die Beschädigung der Pipelines sei höchst besorgniserregend, hieß es weiter. Vor diesem Hintergrund brachten NATO-Länder zum Ausdruck: "Diese Lecks bedrohen die Schifffahrt und verursachen erhebliche Umweltschäden. Wir unterstützen die laufenden Ermittlungen zur Klärung der Schadensursache."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633570ad48fbef0cdf03d6dd.jpg>

14:16 de.rt.com: **Russisches Militär: Bis zu 80 Söldner und 70 ukrainische Kämpfer liquidiert**

Bei einem Präzisionsangriff der russischen Luftstreitkräfte auf Stellungen der "Fremdenlegion" bei der Siedlung Nikolajewka in der DVR seien bis zu 80 Söldner getötet worden. Dies gab der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, bekannt.

Zudem seien 70 ukrainische Militäranghörige nahe der Stadt Kupjansk im Gebiet Charkow getötet worden. Dort seien auch 14 Militärfahrzeuge zerstört worden, hieß es weiter. Konaschenkow fügte hinzu, in einem Tag seien sechs ukrainische Kommandoposten zerstört worden, darunter die der 53. mechanisierte Brigade in der Nähe der Siedlung Elisawetowka (DVR) und der 14. mechanisierten Brigade in der Nähe der Siedlung Dwuretschnaja (Gebiet Charkow).

denis-pushilin.ru: ... „Natürlich erwartet uns nach diesem lang erwarteten Ereignis eine Menge Veränderungen, und das wird sich auch auf die Arbeit der Außenpolitik auswirken. Als Subjekt Russlands werden wir die Entwicklungsrichtung der diplomatischen Beziehungen unserer großen Heimat unterstützen und ausgehend davon bin ich davon überzeugt, dass wir herzliche und gegenseitig nützliche Beziehungen mit den Ländern, die keine Angst hatten, die Souveränität der Donezker Volksrepublik zu unterstützen, haben werden“, erklärte Denis Puschilin.

Er fügte hinzu, dass die DVRK einer der wichtigsten auswärtigen Partner war und bleiben wird, wie auch Syrien, das als eines der ersten Länder die Unabhängigkeit der Republik anerkannte.

14:18 de.rt.com: **US-Pazifik-Gipfel: Kalte Schulter für Joe Biden**

Die USA haben zum US-Pazifik-Gipfel geladen. Wie "The Guardian" auf Grundlage von durchgesickerten Dokumenten jedoch berichtet, drohen die Führer der Inselstaaten den USA die Gefolgschaft zu verweigern.

Das Weiße Haus will Gastgeber für ein Gipfeltreffen mit den Führern der pazifischen Inselstaaten sein. Es ist das erste Mal, dass ein US-amerikanischer Präsident im Weißen Haus Vertreter der Pazifischen Inseln empfängt. Ziel des Treffens ist eine Intensivierung der

Kooperation, vor allem vor dem Hintergrund eines zunehmend an Einfluss gewinnenden Reichs der Mitte. China und Russland werden von den USA als systemische Rivalen angesehen. Das Engagement der USA im Pazifik dient daher vor allem der Eindämmung des chinesischen Einflusses.

Allerdings berichtet die britische Tageszeitung [The Guardian](#) unter Bezugnahme auf durchgesickerte Dokumente, dass es diplomatische Streitigkeiten über die vom Weißen Haus unterbreiteten Vorschläge gebe.

Am Vorabend des Gipfels haben die US-Beziehungen zu den Inselstaaten im Pazifik daher einen schweren Rückschlag erlitten. So lehnen die Salomonen einen Entwurf eines US-Abkommens ab. Die Inselgruppe hat erst im April eine Vereinbarung mit China im Bereich Sicherheit getroffen, und würde daher ein regionales diplomatisches Abkommen mit den USA nicht unterzeichnen.

In dem durchgesickerten Dokument heißt es:

"Die Salomonen sind nicht in der Lage, die gemeinsame Erklärung in dieser Woche zu verabschieden. Wir brauchen noch Zeit, um über die Erklärung nachzudenken und die Erklärung durch den nationalen Entscheidungsprozess der Salomonen zu leiten. Die Salomonen stellen fest, dass die Erklärung noch diskutiert und ein Konsens dazu noch gefunden werden muss. Es sind noch weitere Gespräche nötig."

Das strittige Dokument ist eine elf Punkte umfassende Erklärung zur US-amerikanischen-pazifischen Partnerschaft. Darin sollen sich die pazifischen Länder und die USA angesichts der Klimakrise und der "zunehmenden Komplexität des geopolitischen Umfelds zur Zusammenarbeit" verpflichten.

Darüber hinaus moniert Mikronesien unzureichende finanzielle Unterstützung durch die USA.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/633582ecb480cc101b27ef6e.jpg>

14:49 de.rt.com: **Russische Streitkräfte haben ukrainischen Artilleriezug großkalibriger Giazint-Selbstfahrlafetten zerstört**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums ist in den vergangenen 24 Stunden unter anderem ein Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem vom Typ HIMARS ausgeschaltet worden. Zudem seien in der Nähe der Stadt Guljaipole im Gebiet Saporoschje eine Artilleriebatterie mit Haubitzen vom Typ M777 [meist 6 Geschütze] und in der Nähe der Siedlung Jewgenowka in der Volksrepublik Donezk ein Artilleriezug [meist 3 Geschütze] mit großkalibrigen Giazint-Selbstfahrlafetten zerstört worden.

Weiterhin sollen neun Munitions- und Artilleriewaffendepots in den Gebieten Dnepropetrowsk, Nikolajew, Saporoschje sowie in der Volksrepublik Donezk vernichtet worden sein. In der Nähe der Siedlung Wladimirowka im Gebiet Nikolajew sei außerdem eine Radarstation des ukrainischen Flugabwehrraketensystems vom Typ S-300 ausgeschaltet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335a4f0b480cc63df1a24da.jpg>
Gianzit-Selbstfahrlafette im scharfen Schuss, 2020, Russland

15:23 de.rt.com: **Russische Luftstreitkräfte: Ukrainische MiG-29 und Su-24 abgeschossen**

Die russischen Luftstreitkräfte hätten dem täglichen Briefing zufolge eine ukrainische MiG-29 in der Nähe der Stadt Kurachowo, Volksrepublik Donezk, und eine ukrainische Su-24 in der Nähe der Siedlung Kaluga im Gebiet Nikolajew abgeschossen.

Außerdem habe die russische Luftabwehr in den letzten 24 Stunden acht Drohnen in den Gebieten Nikolajew und Cherson sowie in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk vernichtet.

Darüber hinaus seien 17 HIMARS-Geschosse und eine in den USA hergestellte HARM-Rakete in der Nähe der Städte Nowaja Kachowka, Gebiet Cherson, und Cherson zerstört worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63358bb4b480cc0c5475e0d9.jpg>

MiG-29-Kampfflugzeug der ukrainischen Luftwaffe

16:03 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Washington ist praktisch Konfliktpartei in der Ukraine**

Washington sei faktisch zu einer Konfliktpartei in der Ukraine geworden. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bei einem Briefing am 29. September. Wörtlich hieß es:

"Washington hat wieder einmal gezeigt, wie sehr es den Bezug zur Realität verloren hat, indem es faktisch zu einer Konfliktpartei geworden ist."

Sacharowa wies dabei auf die vorgestern im US-Kongress erzielte vorläufige Einigung über ein neues Hilfspaket für Kiew im Wert von rund elf Milliarden US-Dollar.

16:38 de.rt.com: **DVR: Situation am Donezker Frontabschnitt unter Kontrolle**

Die alliierten Streitkräfte Russlands und der Donezker Volksrepublik halten die Situation am Frontabschnitt bei Donezk unter Kontrolle. Ein Vertreter der Donezker Volksmiliz erklärte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Die alliierten Verbände kontrollieren die Lage am Donezker Frontabschnitt. Die Artillerie arbeitet präventiv und verhindert Versuche, unsere Stellungen anzugreifen."

17:40 (16:40) novorosinform.org: **Die Volksmilizen der DVR und LVR werden in das System des russischen Verteidigungsministeriums aufgenommen**

Militärangehörige der DVR und LVR genießen die gleichen Vorteile wie die in Russland. Die Volksmiliz, die Miliz und die Freiwilligen der DVR und LVR werden dem russischen Verteidigungsministerium in Organisationsformen angegliedert, die vom Verteidigungsminister, Sergej Schojgu, festgelegt werden, sagte der Koordinator der Gruppe für interparlamentarische Beziehungen zum Volkssowjet der LVR und Erste stellvertretende Vorsitzende des Duma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, Viktor Wodolazkij. Der Politiker erklärte, dass auf der Basis bereits bestehenden Einheiten der Volksmiliz die Hauptabteilungen des Innenministeriums Russlands gebildet würden. Milizen und Freiwillige könnten die gleichen Vorteile in Anspruch, die für das russische Militär gelten.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 29. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme vorbereitet, eine 4G-Basisstation wurde in Jurjewka in Betrieb genommen.

Die Straßenbaubehörde „Awtodor“ hat Reparaturen an den Autostraßen Dolja – Jelenokwa, Kremenewka – Jalta und Dmitrijewka – Donskoje - Swobodnoje vorgenommen.

In Mariupol und Wolnowacha gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter. Zivilschutzkräfte haben mehr als 15 Hektar Gelände untersucht und 89 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in den befreiten Ortschaften vorgenommen. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise

und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften. Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:16 de.rt.com: **Behörden von Nowaja Kachowka melden rund zehn Explosionen in der Luft – Flugabwehrsysteme im Einsatz**

In Nowaja Kachowka seien russische Luftabwehrsysteme ausgelöst worden. Es sei zu mehr als zehn Explosionen gekommen. Dies teilte die Stadtverwaltung auf ihrem Telegram-Kanal mit. Um 16:00 Uhr Ortszeit hätten die Einwohner von Nowaja Kachowka zum vierten Mal an diesem Tag eine Alarmsirene gehört, hieß es weiter. Die lokalen Behörden berichteten:

"Die Luftabwehr ist im Einsatz: Es gab mehr als zehn Explosionen."

Zuvor war berichtet worden, dass russische Luftabwehrsysteme im Gebiet Cherson an einem Tag siebzehn US-Geschosse des Mehrfachraketenwerfers HIMARS abgeschossen haben sollen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums seien die feindlichen Raketen nahe Nowaja Kachowka und Cherson zerstört worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335aa1bb480cc28d875e2fb.jpg>
Rakete, die vom russischen Flugabwehrraketenkomplex S-300 abgefeuert wurde

17:20 de.rt.com: **Tafeln sprechen von mehr als zwei Millionen Hilfsbedürftigen in Deutschland**

Die Tafeln in Deutschland schlagen Alarm. Explodierende Energiekosten, Inflation, aber auch Flüchtlinge aus der Ukraine sorgen dafür, dass die Zahl der Bedürftigen bei den Tafeln immer größer wird. Vielerorts gibt es schon einen Aufnahmestopp.

Mehr als eine Million Menschen in Deutschland versorgen sich nach einer Umfrage auch an Tafeln mit Lebensmitteln. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezifferte die Zahl am Mittwoch auf knapp 1,1 Millionen und bezog sich auf eine Umfrage aus dem Jahr 2020. Derzeit gehen die Tafeln selbst aber von deutlich höheren Zahlen aus. "Die Lage ist bei allen Tafeln extrem angespannt", sagte eine Sprecherin des Dachverbands Tafel Deutschland. Hintergrund sind der Konflikt in der Ukraine und steigende Preise. Sie fügte hinzu:

"Es kommen auch mehr Menschen, die einen Job haben."

Die bundesweit rund 960 Tafeln verteilen an Bedürftige Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden können. Der Dachverband spricht inzwischen von deutlich mehr als zwei Millionen Kundinnen und Kunden, mehr als je zuvor. Das DIW hat die Teilnehmer seiner Umfrage-Serie Sozio-ökonomisches Panel 2020 gefragt, ob aus ihrem Haushalt im Vorjahr jemand bei einer Tafel war. Es kommt so auf knapp 1,1 Millionen Menschen, die von den Angeboten profitierten.

"Natürlich wirkt sich auch die derzeit hohe Inflation auf die Tafelbesucher aus", erklärte DIW-

Forscher Markus Grabka zur aktuellen Lage. Hohe Energie-Vorauszahlungen führten auch Menschen mit nicht ganz geringem Einkommen in die Einrichtungen. Hinzu kämen viele Flüchtlinge aus der Ukraine.

Gleichzeitig werde die Versorgung schwierig, weil die Lebensmittelgeschäfte weniger Lebensmittel verschwenden, die sonst an die Tafeln gegangen wären. Beispiele sind Angebote mit "geretteten Lebensmitteln" im Ladenregal.

"Leute, die es vorher irgendwie schafften, kommen jetzt auch"

Nach Angaben der Tafeln sind die Besucherzahlen seit Jahresbeginn bundesweit etwa um die Hälfte gestiegen. In Berlin, wo auch viele ukrainische Flüchtlinge zuerst eintreffen, sind es noch mehr. Anfang des Jahres kamen pro Monat noch etwa 40.000 Menschen zu den 47 Berliner Tafeln, nun sind es deutlich über 70.000, wie Leiterin Antje Trölsch sagte. Viele davon seien vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtet. Hinzu kämen Deutsche, die die starken Preissteigerungen nicht mehr verkraften. "Leute, die es vorher irgendwie geschafft haben, kommen jetzt auch zu uns."

Drei Viertel der Menschen, die die Tafeln 2019 nutzten, lebten von Grundsicherung, wie das DIW herausfand. Viele seien von Armut bedroht und gesundheitlich beeinträchtigt. Besonders häufig nutzen Alleinerziehende und Paare mit Kindern die Tafeln. Ein Viertel der Menschen, die von den Tafeln profitierten, seien Kinder.

Pro Monat und Kopf gaben Tafelnutzer laut DIW etwa 210 Euro für Lebensmittel aus - 30 Euro weniger als Nicht-Tafelbesucher. Gemessen am Nettoeinkommen war es jedoch nahezu doppelt so viel. Tafeln würden also vor allem genutzt, um unzureichendes Einkommen zu kompensieren, folgern die Forscher.

Und das Einkommen reiche wegen der steigenden Preise bei immer weniger Menschen, heißt es bei den Tafeln. "Wir schicken jede Woche Leute nach Hause", berichtete kürzlich die Potsdamer Einrichtung angesichts des gestiegenen Andrangs. Bundesweit hat laut Dachverband bis zum Sommer jede dritte Tafel einen Aufnahmestopp eingeführt, weil Lebensmittel oder Helfer fehlten.

Berlin konnte einen Aufnahmestopp bislang verhindern. Dort sind zusätzliche Ausgabestellen eröffnet worden, wo Menschen sich Lebensmitteltüten abholen können. Ehrenamtliche Helfer würden aber gebraucht. "Wir suchen immer Menschen, die uns unterstützen – beim Fahren der Touren, beim Tütenpacken und beim Verteilen", sagte Trölsch.

Tafeln könnten staatliche Armutsbekämpfung nicht ersetzen, meint DIW-Forscher Jürgen Schupp. "Dass vor allem Familien Tafeln nutzen müssen, wirft kein gutes Licht auf die soziale Absicherung von Kindern", so Schupp. Die Ampelkoalition müsse jetzt zügig die Kindergrundsicherung auf den Weg bringen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335926848fbef0b656e25eb.jpg>

Menschen stehen in einer Schlange vor der Tafel in Essen, 30. März 2020

17:44 de.rt.com: **Kanzler Scholz preist 200-Milliarden-Paket für die Gaspreisbremse als "Doppel-Wumms" an**

Die Ampelkoalition hat sich auf eine Gaspreisbremse geeinigt. Bei der Vorstellung des neuen "Abwehrschirms" gegen die hohen Energiepreise benannte der Kanzler die Initiative der Bundesregierung als "Doppel-Wumms".

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sowie Finanzminister Christian Lindner (FDP) gaben in Berlin eine gemeinsame Pressekonferenz, bei der Scholz aufgrund seiner Corona-Infektion digital zugeschaltet wurde. Bei der Vorstellung der Beschlüsse der zuvor abgehaltenen Gesprächsrunde fasste der Kanzler die Ergebnisse zusammen. Dabei [modifizierte](#) er seinen Ausspruch zu den zurückliegenden staatlichen Hilfen in der Corona-Krise im Jahre 2020:

"Jetzt schaffen wir die Kraft, mit dem Abwehrschirm, das zu tun, damit Strompreise, damit Gaspreise sinken. Dramatisch sinken. Damit sie von den Bürgern und Bürgerinnen und den Unternehmen bewältigt werden können (...) Ich habe bei anderer Gelegenheit gesagt, die Maßnahmen, die wir ergreifen, sind ein Wumms.

Man kann sagen, das ist hier ein Doppel-Wumms."

Die bis dato von der Ampelkoalition angekündigte und kontrovers diskutierte Gasumlage soll nun durch eine "Gaspreisbremse" ersetzt werden. Weitere Aussagen des Bundeskanzlers aus der Bekanntmachung lauten:

"Russland setzt auch international seine Energielieferungen als Waffe ein ... Auf absehbare Zeit wird Gas aus Russland nicht mehr geliefert werden ... Die Preise müssen runter ... Die Gasumlage wird so nicht mehr gebraucht."

"Schnell, zügig und für alle schnell feststellbar" sollen zeitnah die Energiepreise für die Bürger sinken. Niemand in Deutschland, so Scholz,

"soll sich Sorgen machen müssen, wenn er an Herbst und Winter, wenn er an Weihnachten denkt und an das nächste Jahr und an die Rechnung".

Der Kanzler wies darauf hin, dass aufgrund des nun verkündeten Abwehrschirms "auch die hohen Rechnungen", die einige jetzt bereits "als Abschlagszahlung" bekommen hätten, sich "dann wieder reduzieren können". Dies sei "das konkrete Ziel der Maßnahme und der Förderung", das sich die Regierung vorgenommen habe. Finanzminister Lindner wiederum wird laut dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) mit den Worten [zitiert](#):

"Wir befinden uns in einem Energiekrieg."

Wirtschaftsminister Habeck kommentierte der [Welt](#) zufolge, es gehe um einen "Angriff von Russland" und des "Regimes von Präsident Wladimir Putin auf unsere Volkswirtschaft". Hier ergreife die Bundesregierung "mit dem Abwehrschirm nun die Gegenwehr", so Habeck.

Zudem rief der Minister zum Energiesparen auf, denn "gerade im privaten Bereich geht der Verbrauch nicht so zurück, wie es notwendig ist". Habeck wörtlich:

"Die Notwendigkeit, Energie einzusparen, bleibt unvermindert."

Das jetzt beschlossene Programm könnte nach den Worten des Wirtschaftsministers "eine Laufzeit bis Ende des übernächsten Winters, also bis März oder April 2024 haben".

Finanzminister Lindner betonte:

"Je besser die beschlossenen Maßnahmen greifen, desto weniger Geld der bereitgestellten 200 Milliarden Euro wird am Ende benötigt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335930248fbef3c12335353.jpg>

abends:

18:09 de.rt.com: **Zwei Menschen durch ukrainischen Beschuss bei Starobelsk getötet**
Durch ukrainischen Beschuss auf das Dorf Werchnjaja Podgorowka nahe der Stadt Starobelsk (LVR) sind heute Morgen zwei Zivilisten ums Leben gekommen, neun weitere Personen wurden verletzt. Dies meldete die [Staatsanwaltschaft](#) der Lugansker Volksrepublik. Die Behörde fügte hinzu, dass ein Gebäude der Rundfunk-Infrastruktur durch den Beschuss zerstört worden sei und veröffentlichte Aufnahmen von den Zerstörungen. Nach dem Angriff leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen verbotener Kriegsführungsmethoden und Genozids ein.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/X8UoW5xBOSsqbK4Wsu2IN_hnMoJ0B_F3NfjHIDvkrI8PwP-iVqUx0486n9fqreYIHWvUHvPU31I7zmfAX-HBfQNx4DI0oMBr4QB4q30km_ElVh4GqmE1rSjdzO8g6J_ilxrHghQdF4KsLcpkPbKFjWbe gt3A6rNnHoGvuxmRso0V4kf_bZvobIthPZGZbh6Q9fqLADcSIbllvuVa9RmINWihUR56P Kk3otYav2HoZ10LowUgEQ9Z4yRPRQ5IyG3YtXKc0sN98_5lTm4cQGAKAjsMR3WVt0-IOh-7IBrGntI3EFZ0uIu-Mw1KtnNkgTnk3wJ-IvEn0NARIEV30XWA.jpg

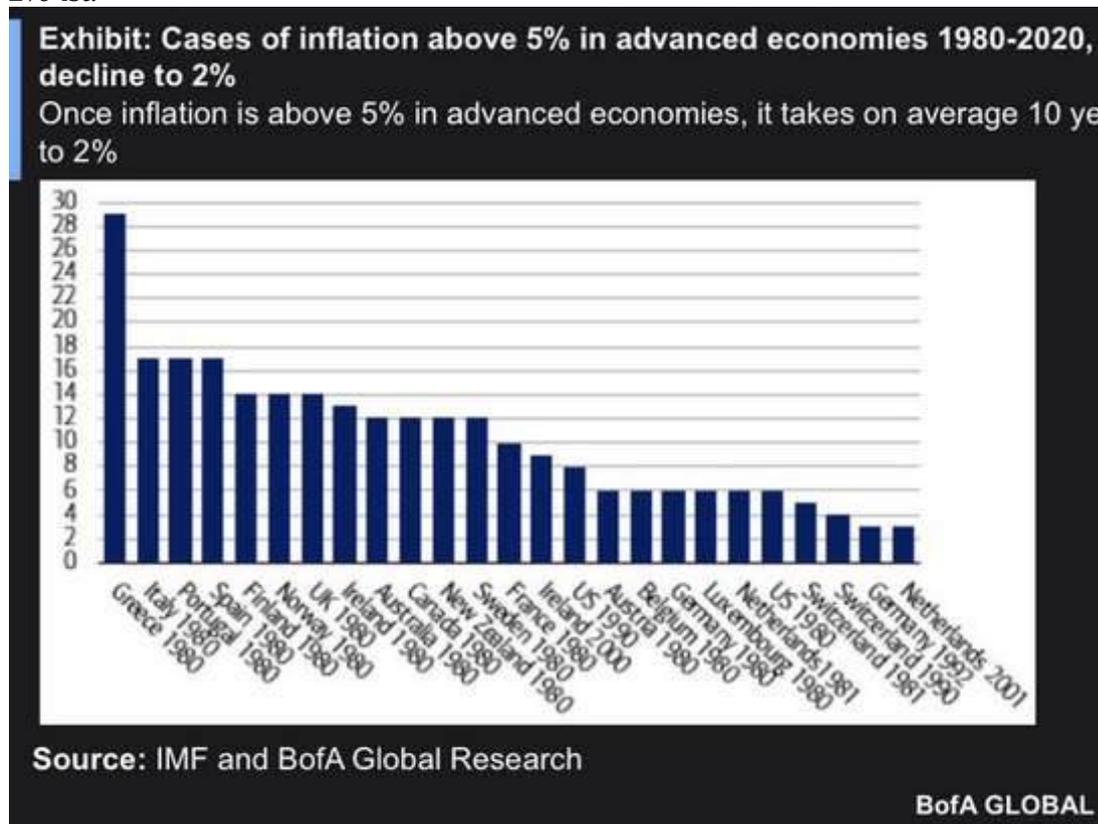
18:44 de.rt.com: **Inflation galoppiert im September auf 10 Prozent – höchster Wert seit 1951**

Die Inflationsrate in Deutschland wird im September 2022 voraussichtlich +10,0 Prozent betragen. Im August 2022 hatte die Inflationsrate bei +7,9 Prozent gelegen.

Die Verbraucherpreise sind im September nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts gegenüber dem Vorjahresmonat um 10,0 Prozent gestiegen. Das ist die höchste Inflationsrate in Deutschland seit dem Jahr 1951.

Verantwortlich für die hohe Inflation im September waren erneut die hohen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln, nicht zuletzt aufgrund der gegen Russland gerichteten Sanktionen und der Geldpolitik der EZB. Die Preise für Energie legten laut Statistik um 43,9 Prozent im Vorjahresvergleich zu, die für Nahrungsmittel um 18,7 Prozent.

Unterhalb der Inflationsrate lagen Dienstleistungen, darunter Wohnungsmieten, die um 1,7 Prozent anstiegen. Beeinflusst wurde die Entwicklung unter anderem von Preissteigerungen aus den vorgelagerten Wirtschaftsstufen, von Lieferkettenproblemen und weil dämpfende Maßnahmen wie der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket ausliefen, wie die Statistiker [erklärten](#). *Interessante (und deprimierende) Zahlen der Bank of America: Ist die Inflation in einem Industrieland einmal über 5% gestiegen, dauert es im Schnitt zehn Jahre, bis sie wieder auf 2% ist.*



<https://pbs.twimg.com/media/FdhkqcTWYAYt57x?format=jpg&name=small>

Anhand der vorläufigen Ergebnisse lässt sich das Ausmaß noch nicht darstellen. Detaillierte Informationen veröffentlicht das Statistische Bundesamt mit den endgültigen Ergebnissen am 13. Oktober 2022.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335b3ce48fbef3c12335376.jpg>

18:45 de.rt.com: **Wladimir Putin: Westen will Blutbad in GUS-Ländern entfesseln**

Westliche Länder versuchen, Konflikte in der GUS zu provozieren. Dies hat der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit Vertretern der Sicherheits- und Nachrichtendienste der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (kurz: GUS) erklärt. Wörtlich hieß es:

"In Verfolgung ihrer Ziele sind unsere geopolitischen Gegner, unsere Opponenten – wie wir erst kürzlich gesagt haben – bereit, jedes Land Angriffen auszusetzen, es zum Epizentrum einer Krise zu machen, eine Farbrevolution zu provozieren und ein Blutbad zu entfesseln. All dies haben wir mehr als einmal gesehen."

Nach Ansicht des russischen Staatschefs würden diese Versuche unternommen, um "die Bildung einer gerechteren Weltordnung zu verhindern." Der Westen versuche, seit langem bestehende Konflikte zu schüren und neue Probleme und Krisen zu schaffen, so der russische Staatschef. Putin unterstrich:

"Die unipolare Hegemonie zerfällt unaufhaltsam. Dies ist eine objektive Realität, die der Westen kategorisch nicht hinnehmen will. Und alles, was daraus folgt, können wir sehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335c81fb480cc637a0f381a.jpg>

19:48 de.rt.com: **Pentagon veröffentlicht vollständige Liste seiner Militärhilfe für die Ukraine**

Das US-Verteidigungsministerium hat eine vollständige Liste der in diesem Jahr an die Ukraine geleisteten Militärhilfe veröffentlicht. Der Betrag beläuft sich auf fast 17 Milliarden US-Dollar. Die Liste umfasst 1.400 Stingers, über 8.500 Javelins, 16 HIMARS und noch vieles mehr.

Das Pentagon hat eine Liste der für dieses Jahr genehmigten US-Militärhilfe für die Ukraine veröffentlicht. Es handelte sich um Waffen und Ausrüstungen im Wert von fast 17 Milliarden

US-Dollar (17,3 Milliarden Euro), darunter Zehntausende von Panzerabwehrsystemen, knapp eine Million Artilleriegranaten und zahlreiche schwere und Langstreckenwaffen.

In einem [Dokument](#) mit dem Titel "Fact Sheet on US Security Assistance to Ukraine", das am Mittwoch vom US-Verteidigungsministerium veröffentlicht wurde, heißt es, dass Washington 16,9 Milliarden US-Dollar (etwa 17,25 Milliarden Euro) Militärhilfe für Kiew im Jahr 2022 genehmigt habe. Der überwiegende Teil dieses Betrags wurde aufgebracht, nachdem Moskau Ende Februar seine spezielle Militäroperation in der Ukraine gestartet hatte.

Die Liste umfasst mehr als 1.400 Stinger-Flugabwehrsysteme, über 8.500 Javelin-Panzerabwehrwaffen und 32.000 andere panzerbrechende Plattformen sowie rund 988.000 Haubitzengranaten, 60 Millionen Schuss Kleinwaffenmunition und Zehntausende Mörser, Raketen und Granaten.

Das Pentagon hat auch große Mengen schwerer Waffen geliefert, darunter über 150 Artilleriegeschütze, 20 Mi-17-Hubschrauber, 200 gepanzerte Mannschaftstransporter M113, Hunderte von Humvee-Fahrzeugen und 16 High Mobility Artillery Rocket Systems (HIMARS) - eine der Plattformen mit der größten Reichweite, die Washington bisher der Ukraine zur Verfügung gestellt hat.

Neben "nicht-tödlichen" Ausrüstungsgegenständen wie Helmen, Schutzwesten und Minenräumgeräten lieferten die USA der Ukraine mindestens 700 Switchblade-Selbstmorddrohnen und eine ungenannte Anzahl von Claymore-Antipersonenminen.

In seinem jüngsten Hilfspaket für Kiew in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar (1,12 Milliarden Euro), das am Mittwoch [angekündigt](#) worden war, versprach das US-Verteidigungsministerium, die Zahl der vom ukrainischen Militär betriebenen HIMARS-Einheiten mehr als zu verdoppeln und zusätzlich zu den bereits genehmigten 16 weitere 18 Stück zu entsenden. Offiziell wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es "einige Jahre" dauern könnte, bis die Raketensysteme für den Einsatz auf dem Schlachtfeld bereit seien, da sie nicht aus den vorhandenen US-Beständen entnommen werden, sondern an US-amerikanische Waffenhersteller vergeben werden.

Ein hochrangiger Pentagon-Beamter erklärte gegenüber Reportern, dass die HIMARS als "Kernkomponente der ukrainischen Streitkräfte in der Zukunft" dienen sollen und dass es sich dabei um eine "beträchtliche Investition" handele, die Kiew für den langfristigen Kampf vorbereiten solle.

Die offensichtliche Verlagerung auf einen längerfristigen Ansatz kommt zu einem Zeitpunkt, an dem einige Militärexperten davor warnen, dass Washington nicht in der Lage sein wird, das in den letzten sechs Monaten festgelegte Tempo der Sicherheitshilfe beizubehalten. Der Sender CNBC wies seinerseits diese Woche in einem Bericht auf die zunehmenden Probleme in der US-Waffenlieferkette hin. Jack Watling, Experte am Royal United Services Institute in London, erklärte gegenüber dem Sender:

"Es gibt einen Punkt, an dem [...] die Ukrainer vorsichtig sein müssen, was ihre Ausgaben angeht und wo sie ihre Prioritäten setzen, denn der Vorrat an Munition ist nicht unendlich."

Während die US-Rüstungsindustrie derzeit etwa 30.000 155-mm-Haubitzgranaten pro Jahr produziert, "verbrennt" das ukrainische Militär diese Menge an Granaten innerhalb von nur zwei Wochen, so CNBC weiter. Darüber hinaus wurden mehr als 9.000 Javelin-Panzerabwehrwaffen an die Ukraine geliefert, während die übliche Jahresproduktion bei nur 800 Stück liegt, was darauf hindeutet, dass die Vereinigten Staaten stark auf ihre Lagerbestände zurückgegriffen haben, um Kiew mit Waffen zu versorgen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6335d21548fbef1d10737e94.jpg>
US-Verteidigungsministerium (Pentagon)